

**Betreff: Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!**

**Sehr geehrter Herr Martin Schulz,  
Sehr geehrte Frau Aydan Özoğuz,  
Sehr geehrter Herr Thorsten Schäfer-Gümbel,  
Sehr geehrter Herr Olaf Scholz,  
Sehr geehrte Frau Manuela Schwesig,  
Sehr geehrter Herr Ralf Stegner,  
Sehr geehrter Udo Bullmann,  
Sehr geehrter Hubertus Heil,  
Sehr geehrter Dietmar Nietan,**

Sehr geehrte Teilnehmende des Bundesparteitages,

Berlin, den 7. Dezember 2017

Die Jamaika-Sondierungen sind gescheitert, jetzt soll der Weg für eine große Koalition frei gemacht werden. Wir sehen darin vor allem die Chance, mit Ihnen in der Regierung, zurück zu einer sozialen Umverteilung zu gelangen. Wir brauchen eine stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften, um die soziale Handlungsfähigkeit des Staates auch in Zukunft sicherzustellen. Eine Neuausrichtung der Steuer- und Finanzpolitik ist zur solidarischen Finanzierung des Gemeinwesens und der Einhaltung sozialstaatlicher Verpflichtungen unumgänglich.

Heute schreiben wir Ihnen in der Erwartung, dass Sie sich für ein gerechtes Land für alle einsetzen. Mit der DL21 und den Jusos als offizielle Unterstützer unseres Bündnisses haben große Teile Ihrer Partei bereits erkannt: unsere Forderungen sind wichtig und richtig. Deshalb wünschen wir uns von Ihnen die notwendige Standfestigkeit bei möglichen Koalitionsverhandlungen.

Wir müssen die Einkommenseite des Staates verbessern, damit die zukünftige Regierung soziale Themen zum Schwerpunkt machen und hierfür die notwendigen Investitionen leisten kann. Dazu bedarf es einer Vermögenssteuer und einer Reform der Erbschaftssteuer.

Zudem dürfen Kapitalerträge nicht privilegiert werden und sehr hohe Einkommen müssen wieder stärker besteuert werden.

Auch die Aufdeckung der sogenannten Paradise Papers beweist, in welchem Ausmaß Konzerne und Personen perfide Steuertricks nutzen, um Steuern zu entfliehen. An dieser Stelle muss die zukünftige Regierung u.a. mit Transparenzpflicht für Konzerne und wirksamen Schwarzen Listen für Orte der Steuerflucht eingreifen. Steuerbetrug muss schärfer bekämpft und Steuerschlupflöcher müssen geschlossen werden. Der aktuelle Anlass zeigt, dass dies wichtiger ist denn je.

Seit Jahrzehnten nehmen in Deutschland soziale Ungleichheit und Unsicherheit zu. Zu beobachten ist eine soziale Spaltung in der Gesellschaft, die nicht zuletzt zum Erstarken der rechtsnationalistischen Kräfte bei der Bundestagswahl 2017 geführt hat.

Als Bündnis von mehr als 30 zivilgesellschaftlichen Organisationen betrachten wir diese Entwicklung mit großer Sorge.

Millionen Menschen in Deutschland sind von Erwerbslosigkeit oder Armut trotz Arbeit betroffen. Die Einkommen der Beschäftigten sind weit hinter der Entwicklung der Gewinne zurückgeblieben, viele Alleinerziehende, Kinder, Menschen mit Behinderung, Zugewanderte und andere Gruppen geraten immer mehr ins Abseits. Wir brauchen dringend öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Gesundheitswesen und Pflege, Kultur, Arbeitsmarktintegration. Die Rechte der Beschäftigten müssen gestärkt, bezahlbare Wohnungen geschaffen, eine nachhaltige und preiswerte Energieversorgung gesichert sowie die soziale Absicherung aller Menschen in Deutschland gewährleistet werden.

Der Gradmesser für die Zukunft dieses Sozialstaates ist dabei die Steuer- und Haushaltspolitik. Die soziale Handlungsfähigkeit des Staates entscheidet sich letztlich auf der Einnahmenseite. Wenn der Staat seinen sozialstaatlichen Verpflichtungen nachkommen soll und insbesondere in vielen Kommunen nicht weiter auf Verschleiß fahren will, braucht es zusätzliche Einnahmen.

Wir appellieren an Sie, bei einem „Ja“ zu einer großen Koalition, der Frage einer auskömmlichen und solidarischen Finanzierung unseres Sozialstaats in anstehenden Verhandlungen angemessene Rechnung zu tragen.

Mit freundlichen Grüßen,

für das Bündnis „Reichtum Umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“,

Barbara Eschen  
Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz

